

Libanon: Corona verschärft Krise

Staatsbankrott, Wirtschaftskrise – und jetzt auch noch Corona. Die Pandemie trifft den Libanon besonders hart. Zwar sind dort bislang vergleichsweise wenig Corona-Fälle gemeldet, doch dürfte die Dunkelziffer weit höher liegen. Das Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps. Hinzu kommt die nach wie vor hohe Zahl an Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens. Die Massenproteste gegen Korruption und politische Führung, die im Oktober 2019 ausbrachen, waren ein Ventil für die wachsende Unzufriedenheit. Nun sind die Proteste durch Corona zum Erliegen gekommen – es gelten strenge Ausgangs- und Versammlungsverbote. Doch unter der Oberfläche gärt es weiter, zumal das Land bankrott ist. Die Regierung verhandelt seit März über eine Umschuldung. Die wird für die Einwohner des Libanon sehr schmerzhaft sein. Schon heute ist die Infrastruktur marode, nahezu täglich gibt es Stromausfälle. Die Regale in den Supermärkten sind häufig leer, die Preise stark gestiegen. Schon vor der Pandemie lebte fast die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Der Arbeitsmarkt ist in freiem Fall, soziale Absicherung gibt es so gut wie keine.

Umso mehr sind sie angewiesen auf Wohltätigkeitseinrichtungen, die oft von den christlichen Kirchen getragen werden. So auch die Tafel „Johannes der Barmherzige“ in Zahlé nahe der syrischen Grenze. Fast 1000 Personen werden dort normalerweise jeden Tag mit einer warmen Mahlzeit versorgt. KIRCHE IN NOT unterstützt diese Einrichtung seit langem. Die Corona-Beschränkungen zwangen zur Schließung der Essenausgabe. Doch die freiwilligen Mitarbeiter fanden einen Weg, für die notleidenden Menschen dennoch da zu sein: Sie bringen nun das Essen zu 400 besonders hilfsbedürftigen Personen. **Tobias Lehner ist Pressereferent von KIRCHE IN NOT Deutschland.**

Syrien: Pandemie trifft verwüstetes Land

In Syrien trifft die Pandemie auf ein vom langjährigen Krieg verwüstetes und ausgeblutetes Land, wo das Gesundheitssystem am Boden liegt. In den noch von Rebellen gehaltenen Gebieten an der Grenze zur Türkei werden Krankenhäuser und Behelfskliniken vielfach gezielt von der syrischen und der russischen Luftwaffe bombardiert. Auch gibt es an vielen Orten große Menschenmassen in Notquartieren oder Flüchtlingslagern, wo die Menschen auf engstem Raum unter desolaten hygienischen Zuständen zusammenleben und es oft nicht einmal genügend Wasser zum Waschen gibt – ideale Voraussetzungen also für die Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen aller Art.

Aber auch in den von der Regierung kontrollierten Regionen des Landes, wo sich der Großteil der noch im Land lebenden Christen befindet (deren Zahl sich seit Kriegsausbruch bereits halbiert hat), sind die Menschen im Zusammenhang mit der Pandemie mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, wie die schon seit langem im Land lebende polnische Franziskanerin Sr. Brygida Maniurka aus Aleppo berichtet. Sie schildert, dass die Menschen die Krankheit zunächst nicht sehr ernst genommen hätten, was sich aber geändert habe, als durch die zunehmend rigoros durchgesetzten Zwangsmaßnahmen das öffentliche Leben völlig zum Stillstand gekommen sei und jeder die Auswirkungen am eigenen Leib zu spüren bekam. Alle Schulen und Universitäten wurden geschlossen, Gottesdienste finden nicht mehr oder nur online statt und es gelten Ausgangsbeschränkungen, die zum Teil noch schärfer sind als jene in Europa. So gilt in der Stadt etwa eine strikte nächtliche Ausgangssperre von 18.00 Uhr abends bis 6 Uhr in der Früh. Die Einkaufszeiten in den Lebensmittelgeschäften wurden auf täglich wenige Stunden reduziert. Der Verkehr zwischen den einzelnen Städten wurde komplett eingestellt.

Für die Menschen wird die Ausgangssperre mittlerweile zur Qual, ist es doch im Freien inzwischen schön und warm, während die meisten Menschen in kleinen, engen und vielfach vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Wohnungen leben müssen – oft sogar wegen der großen Zahl der Inlandsvertriebenen mehr als eine Familie pro Wohnung.

Offiziell zugegeben werden bislang nur sehr wenige COVID-19-Erkrankungen, doch ist tatsächlich von viel mehr Fällen auszugehen. So berichtet Sr. Brygida etwa von den Eltern eines schwer asthmatischen Kindes, die eine Odyssee durch alle Krankenhäuser Aleppos gemacht hätten, um ein Beatmungsgerät für ihr Kind zu finden, aber vergeblich – alle Geräte seien schon besetzt gewesen. Und so sterben die Menschen in Syrien eben offiziell an Lungenentzündungen und nicht an COVID-19...

Stefan Maier ist Projektkoordinator des Hilfswerks Initiative Christlicher Orient (ICO).

Irak: 500 Beatmungsgeräte für 40 Millionen Menschen

Die kombinierten Auswirkungen der schlechten Wirtschaftslage, einer äußerst unzureichenden Gesundheitsinfrastruktur, einer verspäteten Reaktion sowie einer schlechten Informationspolitik der Regierung und falschen Reaktionen der Bevölkerung setzen das Land einem enormen Risiko durch einen massiven COVID-19-Ausbruch aus, der in naher Zukunft noch viele Menschenleben kosten könnte.

Wir erleben derzeit, dass auch in wohlhabenden westlichen Staaten gut ausgestattete Gesundheitssysteme durch die Pandemie arg strapaziert und in manchen Ländern sogar an den Rand des Zusammenbruchs gebracht werden. Man kann sich also vorstellen, welchen Herausforderungen sich der ungleich schlechter auf eine solche Krise vorbereitete Irak gegenüber sieht. Der Gesundheitssektor leidet unter jahrzehntelangen Unterinvestitionen, Kriegsschäden, schlechtem Management, Korruption und der Auswanderung von Ärzten. Infolgedessen herrscht im Irak ein enormer Mangel an qualifizierten Gesundheitsfachkräften, Krankenhausbetten und zuverlässigen Medikamenten. Auch gibt es bei einer Bevölkerung von über 40 Millionen Menschen nur 500 Beatmungsgeräte.

Die landesweite Ausgangssperre wurde seit ihrer Anordnung am 17. März nur lückenhaft und unzureichend durchgesetzt. Vielfach zeigten die Behörden der autonomen Region Kurdistan im Norden des Landes, wo auch der Großteil der noch im Land verbleibenden Christen lebt, ein besseres Urteilsvermögen als ihre Kollegen auf nationaler Ebene. Man schloss sofort die Grenzen zum Iran und setzte die Ausgangssperre viel gründlicher durch als in anderen Regionen des Landes. Schon am 10. März begannen die lokalen kurdischen Behörden, die Bürger aufzufordern, zu ihrem eigenen Schutz zu Hause zu bleiben, was von den Menschen sehr ernst genommen wurde, wie etwa der chaldäische Priester Samir Yousif aus der Pfarre Enishke in Kurdistan berichtet. Die Gottesdienste feierte er in der leeren Kirche vor laufender Kamera, sodass die Gläubigen online mitfeiern könnten. Ein großes Problem vieler Pfarren in der Region seien die zahlreichen älteren Menschen ohne Familienangehörige im Land, da die Jungen vielfach schon in den Westen emigriert seien. Pfarrer Samir und seine Kollegen in den anderen Pfarren versuchen diese betagten Menschen jetzt nach besten Kräften mit Lebensmittelpaketen zu unterstützen, um ihnen das Leben in dieser schwierigen Zeit zu erleichtern.

Finanzielle Unterstützung von Menschen, die aufgrund der Pandemie entlassen wurden, gibt es im Irak nicht. Im Gegensatz zu Regierungsangestellten, die sich auf feste Gehaltsschecks verlassen können, sind Tagelöhner besonders stark betroffen, da sie ausschließlich von dem leben müssen, was sie täglich verdienen. In einem Land, in dem die Regierung zugibt, dass mindestens 22,5 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, kann eine anhaltende Störung der Wirtschaftstätigkeit für Millionen Menschen in der gesamten Gesellschaft katastrophal werden.

Von Stefan Maier

Indien: Ausgangssperre treibt Menschen ins Elend

Es ist der größte „Lockdown“ weltweit: Seit Mitte März befinden sich die 1,3 Milliarden Inder in strenger Quarantäne. Diese wurde nun bis 3. Mai verlängert. Die Strategie scheint erfolgreich, denn das riesige Land weist vergleichsweise niedrige (offizielle) Infektionsraten auf. Für weite Teile der Bevölkerung bedeutet die Ausgangssperre jedoch vor allem Elend und Armut. Besonders betroffen sind die hunderttausenden Wanderarbeiter. Sie stammen meistens aus dem Norden Indiens und suchen im etwas wohlhabenderen Süden ihr Auskommen. Von heute auf morgen waren sie ohne Arbeit.

Als die Nachricht von der kompletten Schließung aller Betriebe kam, brachen viele Wanderarbeiter in Panik auf in ihre Heimat – den Ausgangssperren zum Trotz und solange es noch ging. Nun aber sitzen viele fest. Aus Existenzangst und Wut formierten sich, trotz Einschreitens der Polizei, in den Großstädten Massenproteste. Nun sollen nach Plänen der Regierung wichtige Industriezweige wieder öffnen.

Auch für die religiös ohnehin angespannte Situation in Teilen Indiens wirkt Corona wie ein Brandbeschleuniger: Fanatische Hindus verdächtigen religiöse Minderheiten, für die Verbreitung des Virus verantwortlich zu sein. In erster Linie werden Muslime bezichtigt. Christen sind besonders in den nordindischen Bundesstaaten ohnehin steigender Gewalt ausgesetzt. Sie stehen am Ende der sozialen Kette, zumal viele von ihnen auch den niedrigsten Gesellschaftsschichten angehören.

So greifen die Christen auch jetzt zur Selbsthilfe: Pfarrgemeinden, Diözesen und Geistliche Gemeinschaften organisieren und verteilen Lebensmittel. KIRCHE IN NOT unterstützt unter anderem die sogenannten „Kleinen christlichen Gemeinschaften“, von denen es in Indien etwa 85.000 gibt. Sie finden neue Wege, das geistliche Leben zu pflegen – eine große Rolle spielt dabei das Medienapostolat. Und sie organisieren die Versorgung mit Hilfsgütern, „unabhängig von der Religionszugehörigkeit“, wie die Verantwortlichen betonen.

Von Tobias Lehner

Philippinen: Soziale Spaltung vertieft sich

Die Philippinen sind das katholischste Land in Asien. Präsident Rodrigo Duterte ist Katholik. Seit Jahren regiert er mit unverhältnismäßiger Gewalt und polizeistatlichen Methoden. Ordensleute, Priester, engagierte Laien oder Bischöfe, die mit seiner Politik nicht einverstanden sind, werden eingeschüchert. Das setzt sich in der Corona-Krise fort. Duterte hat eine Ausgangs- und Kontaktsperre verhängt. Sie wird brutal durchgesetzt. Die Polizisten und Soldaten haben einen Art Freibrief, notfalls jeden zu erschließen, der sich nicht an die Regeln hält.

Das hat vor allem für die Armen sowie die Männer und Frauen im informellen Dienstleistungssektor dramatische Folgen. Fahrer, Haushaltshilfen, Kleinhändler oder Aushilfen leben von ihren Tageseinnahmen. Rücklagen haben sie keine. Für sie gibt es keine soziale Absicherung. Wenn sie aber nicht mehr aus dem Haus können, verdienen sie kein Geld. Und ohne Geld müssen ihre Familien hungern. Das gleiche gilt für die Menschen in den Slums rund um Manila. Sie können überhaupt keine soziale Distanz halten – und im Sommer ist die Hitze so groß, dass sie in ihren einfachen Hütten unvorstellbaren Temperaturen ausgesetzt sind. Sie können nicht „zu Hause“ bleiben. Ein Teufelskreis, ausgelöst durch die Ausgangssperre. Die strengen Corona-Vorschriften können sich allein die vermögenden Mittel- und Oberschichten im wahrsten Sinne des Wortes erlauben. So wird die soziale Spaltung des Landes durch die Corona-Maßnahmen weiter vorangetrieben.

Die katholischen Gemeinden und Missionsstationen verteilen Lebensmittel. Sie kümmern sich um die Bedürftigsten. Aber auch die katholische Sozialarbeit wird durch die rigorose Durchsetzung der Ausgangssperre behindert. Es gibt Berichte, wonach kirchliche Einrichtungen für Obdachlose, die trotz der Ausgangs- und Kontaktsperre ihre Arbeit fortsetzen, von lokalen Behörden zwangsgeschlossen und ihnen hohe Bußgelder angedroht wurden. Ordensangehörige berichten, dass sie wegen der Ausgangssperre keinen Reis an hungernde Familien verteilen durften.

Die kirchliche Pastoral ist nur unter schwierigsten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Gottesdienste werden online, über Radio und Fernsehen übertragen. Manche Priester halten sich in Wohnungen versteckt, so wird weiter berichtet. Dort spenden sie Sakramente für diejenigen, die einen Weg durch die Polizeisperren gefunden haben – oder damit die Priester abends in Konvente kommen können, um dort die Messe zu lesen. Ein Hoffnungszeichen setzt der philippinische Kardinal Luis Antonio Tagle, jetzt Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker: Er betet mittwochs um 21 Uhr philippinische Zeit von Rom aus mit seinen Landsleuten den Rosenkranz.

Von Johannes Seibel